



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Ende Oktober hat sich der neue Bundestag für die 19. Legislaturperiode konstituiert. Die Sondierungsgespräche für die Bildung einer neuen Regierungskoalition sind aktuell noch im Gange. Der nachstehende Artikel gibt Ihnen einen Einblick in den aktuellen Stand. Auch im Wahlkreis war ich in den letzten Wochen vor Ort unterwegs – so beim Erntedankfest der Landjugend in Gruibingen sowie beim Almabtrieb in Gammelshausen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages

Am 24. Oktober 2017 um elf Uhr begann die konstituierende Sitzung des 19. Deutschen Bundestages. Die Gemengelage hat sich verkompliziert. Es sind nun sechs Fraktionen und sieben Parteien vertreten. Das macht die politische Kompromissarbeit nicht gerade leichter.

Die wesentliche Aufgabe dieses neuen Bundestages in seiner ersten Sitzung war die Wahl des Bundestagspräsidenten, dessen Amt das zweithöchste in Deutschland nach dem Bundespräsidenten ist.

Mit 501 Stimmen wurde unser bisheriger Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gewählt. In seiner Antrittsrede betonte er die Bedeutung des Parlamentes, in dem das Herz der Demokratie schlage. Er forderte, dass der parlamentarische Prozess sichtbar machen müsse, wie schwierig die Durchsetzung und auch der Ausgleich der Interessen in einer liberalen Demokratie sei. Das gehe nur über den demokratischen Streit. Dieser müsse von den Abgeordneten geführt werden und diesen müssten diese aushalten.

Diesen Anspruch bekräftigte ich auch für mich persönlich. Man kann in der Sache unterschiedlicher Meinung sein und die Argumente durchaus auch hitzig austauschen. Doch dabei sollten die Argumente auf Fakten basieren und verschiedene Standpunkte ohne persönliche Beleidigungen ausgetauscht werden.

Der Deutsche Bundestag verfügt über eine starke Autorität: Er wählt, beauftragt, kontrolliert die Regierung und kann sie im Notfall auch absetzen. Das Parlament bestimmt somit die politischen Zielsetzungen und die grundsätzlichen Lösungswege. Die Bedeutung des Deutschen Bundestages ist sehr groß. Allerdings ist es seine Mitgliederanzahl inzwischen auch. Wir haben inzwischen das zweitgrößte Parlament der Welt. Um die Geschäftsfähigkeit des Deutschen Bundestages auch künftig zu gewährleisten, bedarf es einer Wahlrechtsreform.

Sondierungsgespräche

In den vergangenen zwei Wochen haben die Vertreter von CDU, CSU, FDP und Grünen die Aussichten für ein Jamaika-Bündnis besprochen. Dabei wurden in diversen Treffen alle zwölf Themenblöcke, auf die sie sich zuvor verständigt hatten, einmal debattiert.

Am Freitag wurde eine Zwischenbilanz gezogen: Auch wenn sich die Parteien nur in einigen Bereichen auf Arbeitspapiere verständigen konnten, fällt die Bewertung der Gespräche durchaus positiv aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigte sich optimistisch für ein Jamaika-Bündnis: „Ich glaube nach wie vor, dass wir die Enden zusammenbinden können, wenn wir uns mühen und anstrengen.“

Jeder Partner sollte dabei seine Identität zur Geltung bringen können, damit daraus etwas Gutes für das Land entsteht. Die CDU ist jedenfalls dazu bereit.

Wir wussten von Anfang an, dass die Gespräche schwierig würden. Die grundsätzliche Haltung der Parteien ist einfach sehr verschieden, insbesondere bei den Themen Migration und Klima. Aber auch bei den grundsätzlichen Fragen zu Wirtschaft und Verkehr gibt es große Differenzen. Ein gemeinsames Papier scheiterte etwa in der Verkehrspolitik – vor allem an der Frage nach einem Enddatum des Verbrennungsmotors. Die Grünen wollen grundsätzlich, dass ab 2030 in Deutschland keine neuen Diesel- und Benzinmotoren mehr zugelassen werden, was die Union aber strikt ablehnt. Etwas mehr Einigkeit gab es beim Thema Landwirtschaft. Beschlossen wurde ein gemeinsames Papier, in dem sich die vier Parteien zum Ziel bekennen, die Landwirtschaft zu stärken und weniger Chemikalien einzusetzen. Grundsätzlich ist gegen diesen Weg nichts einzuwenden, aber es muss Einigkeit darüber bestehen, dass die Kosten nicht einseitig von den Landwirten getragen werden. Unser Ziel muss es sein, die vielfältige Agrarkultur in Deutschland zu erhalten.

Gute Chancen für einen Konsens sehe ich bei den Themen Glasfaserausbau und Forschungsinvestitionen.

Alle Parteien wollen den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes. Die FDP will dafür den Wettbewerb der Anbieter stärken und Geld aus dem Verkauf der Bundesbeteiligungen an der

Deutschen Post und der Telekom investieren. Auch die Grünen wollen das, allerdings nur mit zehn Milliarden Euro aus dem Verkauf der Telekom-Anteile. Einig sind sich alle ebenso beim Ausbau des 5G-Mobilfunks, der schneller vorangehen soll.

Bei den Forschungsinvestitionen einigten sich die Jamaika-Partner in der ersten Sondierungsrunde darauf, die gesamtstaatlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2025 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen.

Auch über die Dringlichkeit, die Polizei weiter zu stärken und aufzubauen sind sich alle einig. So schnell wie möglich sollen zusätzliche Stellen bei Bund, Ländern, Justiz und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (IT) geschaffen werden. Weiterhin soll die IT der Polizei modernisiert und auf einen einheitlichen Stand gebracht und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern insbesondere bei der Terrorabwehr verbessert werden.

Gute Möglichkeiten für eine Einigung stehen darüber hinaus bei der Erweiterung der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ wie beispielsweise Marokko, Tunesien und Algerien. Union und FDP sehen, dass die Menschen, die aus diesen Ländern kommen kaum Chancen auf Asyl haben. Die Grünen lehnen zurzeit das Konzept zwar ab, allerdings haben grün-geführte Landesregierungen in Hessen und Baden-Württemberg der Einstufung zu sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat schon mehrfach zugestimmt. Da könnte daher wahrscheinlich doch ein Konsens erzielt werden.

Es gibt noch viele offene Punkte, die diskutiert werden müssen. Für diese Woche sind daher weitere Verhandlungstermine vereinbart.

Erntedankfeier der Landjugend

Mitte Oktober feierten wir das Erntedankfest. Eine Tradition, die zwar an Interesse, nicht aber an Bedeutung verloren hat. Denn es steht für den Dank und die Ehrfurcht für die Jahresernte. Zu diesem Anlass schauen sowohl Landwirte als auch Interessierte zurück und blicken zugleich voraus. Vor allem der Früchteanbau litt in diesem Jahr unter dem späten Frost, und die Getreideernte blieb unter dem Durchschnitt. Die Milchpreise haben sich hingegen stabilisiert. Dennoch bleiben große Herausforderungen. Insbesondere für kleine Betriebe. Ich plädierte bei der Erntedankfeier der Landjugend in Gruibingen als Vorsitzender des Kreisbauernverbands für mehr Öffentlichkeitsarbeit. Denn die Menschen müssen wieder mehr über die Arbeit der Landwirte erfahren, um Vertrauen aufzubauen und die landwirtschaftlichen Produkte in ihrer Qualität sowie ihrem Angebot wertzuschätzen.

Link zum Zeitungsbericht: http://www.swp.de/goepingen/lokales/landkreis_gp/die-erntedankkrone-steht-wieder-15893219.html

Almabtrieb in Gammelshausen

Vor kurzem fand in Gammelshausen der achte Almabtrieb statt. Ein herausragendes Zeichen für die Bedeutung der Landwirtschaft bei uns im Kreis Göppingen. Zwar wird der traditionelle Almabtrieb eher im Allgäu und in den Alpen gefeiert, dennoch zog das Spektakel, bei dem die Kühe aus Höhenlagen zum Überwintern ins Tal geführt werden, tausende Besucher an. Mehr als 100 Kühe, Kälber, Schafe und Ziegen wirkten bei dem Umzug mit. Die gesamte Veranstaltung stand unter dem Motto „Landwirtschaft“. Ergänzt wurde diese durch eine Fahrzeug- und Landmaschinenausstellung. Ein rundum gelungenes Fest für Jung und Alt, bei dem das traditionelle Zusammenleben zwischen Mensch und Tier im Vordergrund stand. Herzlichen Dank an die Gemeinde Gammelshausen für ihren Einsatz.

Link zum Zeitungsbericht: http://www.swp.de/goeppingen/lokales/landkreis_gp/almabtrieb_-ein-ort-im-ausnahmezustand-16250363.html

Wie immer freue ich mich [hier](#) über Rückmeldungen von Ihnen. Über diesen Link können Sie sich auch für den weiteren Bezug an- bzw. abmelden.

Beste Grüße

Ihr Hermann Färber

Hermann Färber MdB

Heidenheimer Str. 68
73079 Süßen
Tel: 07162 30 57 057

Hier
erreichen
Sie mich

www.hermann-faerber.de
hermann.farber@bundestag.de
Facebook